Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 41. Steinheim, Sonnabend, den 9. April 1921. 28. Jahrgang.

Briands gepanzerte Faust.

„Eine starke Hand wird auf Deutschland niedersausen."

Der Pariser Berichterstatter des belgischen „Le Soir" hatte seinem Blatte gedrahtet, daß Frankreich an Deutschland eine letzte, sehr kurz befristete Aufforderung richten werde, die völlige Erfüllung aller Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages anzunehmen, sonst würde Frankreich mit oder auch ohne seine Verbündeten mit bewaffneter Hand zur Verwirklichung des Vertrages schreiten.

Diese Meldung muß man wohl jetzt als französischerseits amtlich angeregt bezeichnen, denn sie wird nunmehr durch eine Rede des französischen Ministerpräsidenten Briand im Senat im wesentlichen bestätigt.

Die Rede Briands.

Briand wies zu Anfang seiner Rede auf die finanzielle Notlage Frankreichs hin. Diese Lage sei darum so ernst, weil Frankreich gezwungen sei, wegen des schlechten Willens seines Schuldners, dessen Lasten zu tragen. Frankreich habe sich nicht geweigert, über die Zahlungsfähigkeiten Deutschlands zu beraten trotz den Gefahren, die solche Beratungen in sich bergen. In London sei infolge der „lächerlichen Angebote" Deutschlands ein Bruch nicht zu vermeiden gewesen.

Dann kennzeichnete Briand die durch den Londoner Bruch geschaffene Lage, indem er die frühere Erklärung erneuerte, daß durch Ablehnung der Pariser Vereinbarung durch Deutschland der Versailler Vertrag wieder volle Geltung habe. Darum habe der Wiederherstellungs-Ausschuß seine Tätigkeit wieder aufgenommen, um Deutschland mitzuteilen, wie hoch seine Schuld sei. Deutschland habe sich des Vertrags bedient, um die Verbündeten zu hindern, vor dem 1. Mai zu handeln. An diesem Tage aber werde es keine Aussichte mehr machen können; und wenn seine Unaufrichtigkeit dann erwiesen sei, werde Frankreich seinen Verbündeten erklären: „Der Gläubiger hat das Recht, zur Zwangsvollstreckung zu schreiten." Am 1. Mai werde das gemeine Recht angewandt werden.

Briand sagt dann wörtlich:

„Aber, das erkläre ich laut, — und ich bin ein Mann, der überlegt, aber der sein Ziel nicht aus den Augen verliert —, **wenn Deutschland weiter versucht, sich seinen Verpflichtungen, seinen Zusagen zu entziehen, wird eine starke Hand auf Deutschland niedersausen.**"

Der französische Ministerpräsident erklärte dann weiter, daß alles, was Deutschland besitze, eine Sicherheit sei für seine Schuld. Deutschland werde seine Zahlungsmittel, die es heute angeblich nicht entdecken könne, schon finden. Man werde Zwang anwenden, von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht ausgeschlossen sein würden. **Ein Teil der deutschen Bodenreichtümer müsse zur Zahlung herangezogen werden.** Der entscheidende Augenblick nahe heran, in dem Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten festentschlossen sei, das letzte Wort zu haben.

Die Veranlagung der Einkommensteuer.

Was man bei der Steuererklärung beachten muß.

Bei der jüngst vom Reichstag beschlossenen Abänderung des Reichseinkommensteuergesetzes hat die Regierung sich trotz der von verschiedenen Seiten erhobenen Vorstellungen nicht dazu entschließen können, auf eine nachträgliche Veranlagung der Lohn- und Gehaltsempfänger für das Rechnungsjahr 1920 zu verzichten und die Steuerleistung der unteren Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger mit dem Steuerabzug vom Lohn als erledigt anzusehen. Zwar wird infolge der jetzt erfolgten erheblichen Herabsetzung der Steuersätze ein großer Teil der Steuerpflichtigen sich für das Steuerjahr 1920 seiner Steuerpflicht bereits entledigt haben und für eine Nachzahlung nicht mehr in Betracht kommen, doch hätte ein Verzicht auf die Steuerveranlagung sowohl den Steuerbehörden wie den Steuerzahlern viel Arbeit und Kopfzerbrechen ersparen können.

Inzwischen haben bereits verschiedene Landesfinanzämter alle Einkommensteuerpflichtigen mit über 10 000 Mark zur Einreichung ihrer Einkommensteuererklärung aufgefordert. Die zu diesem Zwecke auszufüllenden Formulare enthalten vielfach eine Menge von Fragen, auf die der Steuerzahler dem Finanzamt genaue Auskunft geben muß. Es empfiehlt sich daher, sich die Bestimmungen des Reichseinkommensteuergesetzes und insbesondere die kürzlich vom Reichstag beschlossenen Aenderungen vor dem Ausfüllen des umfangreichen Formulars aufmerksam anzuschauen.

Die Veranlagung erfolgt diesmal für das Kalenderjahr 1920. Anzugeben ist also das in dem Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1920 erzielte Einkommen. Bei der Ausfüllung der Namensangabe ist zu beachten, daß, während bisher das Einkommen von Mann und Frau, wenn die Frau erwerbstätig war, zusammengerechnet wurde, sie jetzt beide getrennt zu veranlagen sind. Es müssen demnach, wenn beide erwerbstätig waren, von beiden besondere Fragebogen ausgefüllt werden. Dann folgt die Angabe des Einkommens in dem oben erwähnten Zeitraum. Hier sind auch die Beträge anzugeben, die bereits durch den Lohnabzug einbehalten sind.

Die Werbungskosten.

Von großer Bedeutung für Lohn- und Gehaltsempfänger sind die Angaben für die gesetzlich zulässigen Abzüge, die sogenannten Werbungskosten. Als solche sind zu betrachten:

1. Die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens gemachten Aufwendungen (Werkzeuge, Berufskleidung usw.).
2. Notwendige Ausgaben, die dem Steuerpflichtigen durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erwachsen sind.
3. Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine nicht selbständig veranlagten Haushaltungsangehörigen zu Kranken-, Unfall- und Angestelltenversicherung zahlt.
4. Beiträge zu Sterbekassen bis zu einem Jahresbetrage von 100 Mark.
5. Versicherungsprämien, welche für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder eines seiner nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit sie den Betrag von 1000 Mark (bisher nur bis 600 Mark) jährlich nicht übersteigen.
6. Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufs- oder Wirtschaftsvertretungen (Gewerkschaften u. a.), sowie zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.
7. Beiträge an kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige Vereinigungen. Beiträge an politische Organisationen können jetzt noch abgezogen werden, sie kommen erst bei der Veranlagung für 1921 in Fortfall.

Während der letzten Reichstagsverhandlungen wurde die Höhe der Werbungskosten von der Regierung selbst auf 1800 Mark geschätzt. In vielen Fällen, besonders in den Großstädten und in den Industriegegenden, werden sie sich aller Voraussicht nach bedeutend höher stellen. In diesem Falle dürfen sie selbstverständlich in voller Höhe in Abzug gebracht werden.

Aus Stadt und Land.

** **Die Folgen des Kommunistenputsches.** Die wirtschaftlichen Schädigungen, die durch die kommunistischen Unruhen verursacht worden sind, machen sich in Sachsen bereits sehr empfindlich bemerkbar. So ist beispielsweise ein amerikanischer Auftrag der Sebnitzer Blumenindustrie in Höhe von etwa fünf Millionen Mark infolge der Unsicherheit der Verhältnisse wieder zurückgezogen worden.

** **Brandstiftungen in Oberschlesien.** Im Laufe der letzten Tage mehren sich die Brände auf dem Lande. Nachdem aus der Kreuzburger, Rosenberger und Tarnowitzer Gegend in der letzten Woche wiederholt Scheunen- und Waldbrände gemeldet worden waren, entstand am letzten Sonntag in den Tarnowitzer Forsten ein umfangreicher Waldbrand, der außerordentlich schnell um sich griff. Es wird vermutet, daß es sich hier um eine neue politische Kampfmethode handelt, die angewandt wird, nachdem die interalliierte Kommission auf den Besitz von Schußwaffen Todesstrafe gesetzt hat. In Groß-Strehlitz wurde ein Landwirt verhaftet unter dem Verdacht, Urheber des Automobilattentats zu sein, dem am Sonnabend der interalliierte Kreiskontrolleur von Hindenburg und sein Chauffeur zum Opfer fielen. Infolge des ruhigen und mustergültigen Verhaltens der deutschen Bevölkerung in den südoberschlesischen Städten Rybnik, Loslau, Sohrau, Nikolai und Pleß sind dort die Bestimmungen über den Belagerungszustand erheblich gemildert worden. Für die Kreise Pleß und Rybnik ist die Zeitungszensur durch den Militärkommandanten aufgehoben worden.

** **Androhung von passiver Resistenz im Ruhrbezirk.** Der Verband der kaufmännischen Grubenbeamten im Ruhrbezirk droht mit passiver Resistenz, wenn der Zechenverband die vorgenommene Gehaltsverminderung nicht rückgängig macht.

** **Vorsichtsmaßnahmen der Leunawerke.** Die Werksleitung des Leunawerkes bei Merseburg beabsichtigt für die Einstellung von Arbeitskräften eine untere Jahresgrenze zu ziehen, da es sich bei den jüngsten Vorgängen gezeigt hat, daß die jungen Elemente die Menge der Arbeiterschaft verhetzte. Die Werksleitung steht auf dem Standpunkt, daß jeder Mann, der in einem für Deutschland so lebenswichtigen Betriebe, wie das Leunawerk, arbeitet, eine gewisse Reife erlangt haben muß. Die Werksleitung glaubt ferner, daß Aussicht besteht, im Laufe dieser Woche mit den Wiederherstellungsarbeiten beginnen zu können, und daß allmählich mit der Wiederaufnahme des Betriebes gerechnet werden kann.

** **Enthüllung eines deutschen Kriegerdenkmals in Finnland.** Am Donnerstag, dem 21. April 1921, dem dritten Jahrestage des Einzugs der Deutschen in Hyvinkää (1½ Stunden Eisenbahnfahrt von Helsingfors) wird auf dem Grabe der in Hyvinkää gefallenen deutschen Krieger ein Denkmal enthüllt.

** **Großfeuer in Manila.** In Manila sind infolge eines Großfeuers 15 000 Einwohner der Stadt obdachlos geworden. Im Eingeborenenviertel wurden 3000 Häuser zerstört.

** **Starker Schneefall in München.** Wie aus München gedrahtet wird, herrscht dort ziemlich starker Schneefall, der von Mittwoch nacht bis Donnerstag früh anhielt. Der Schnee liegt durchschnittlich 8 bis 10 Zentimeter. Störungen des Fernsprechverkehrs machen sich hierdurch vereinzelt bemerkbar.

** **Beilegung des Frankfurter Transportarbeiterstreiks.** Der Transportarbeiterstreik in Frankfurt am Main, der seit Sonnabend andauert und schon größeren Umfang angenommen hatte, ist beigelegt worden. Unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Schwander kam eine Einigung dahin zustande, daß das an der Beilegung des Streiks besonders interessierte Meßamt die Lohndifferenzen per März mit über 300 000 Mk. trägt, während Oberpräsident Schwander zugesichert hat, rechtzeitig Verhandlungen für den Mai in die Wege zu leiten. Eine Massenversammlung der Transportarbeiter erklärte sich gegen dreihundert Stimmen mit diesem Vorschlage einverstanden. Damit ist die Frankfurter Messe gesichert, die durch den Streik in eine recht bedrohliche Lage gekommen war.

** **Ein Deutscher in Gleiwitz bei einer Schießerei getötet.** Den deutschen Kapitänleutnant v. Demming, der polnischerseits bespitzelt wurde, wollte die Geheimpolizei der Interalliierten Kommission verhaften lassen, da sie in ihm ein Mitglied einer geheimen bewaffneten deutschen Organisation vermutete. Als zu diesem Zweck vier Geheimpolizisten in Begleitung von zwei uniformierten städtischen Polizeibeamten in der Wohnung des Landgerichtsrats Knoll erschienen, bei dem v. Demming wohnte, schoß dieser, da er polnische Stoßtrupplер vor sich glaubte, auf diese und verwundete drei der Polizisten, worauf der vierte den Kapitänleutnant niederschoß. Die Sache ist in ihrer Vorgeschichte noch nicht ganz geklärt.

** **Großfeuer in einer Munitionsfabri** Die „Magdeburgische Zeitung" meldet: In einer Pulver- und Munitionsfabrik in Burg bei Magdeburg entstand ein großer Brand, der in späten Abendstunden noch nicht gelöscht war. Durch den Brand explodierten zahlreiche Granaten. Bisher wurden drei Tote festgestellt. In das städtische Krankenhaus wurden vier Schwerverletzte eingeliefert. Doch wird die Zahl der der Toten und Verletzten weit höher geschätzt.

** **Eine unglaubwürdige Spionage-Geschichte.** Das Pariser Blatt „Matin" weiß von einer Spionage-Geschichte zu berichten, die aber recht unwahrscheinlich klingt. Danach soll ein Russe Kosveritz, der Oberaufseher in einer Fabrik ist, während der Zeit nach dem Waffenstillstande an Deutschland Pläne und Geheimurkunden ausgeliefert haben. — Wenn man bedenkt, daß Deutschland in dieser Zeit mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und kaum an dergleichen gedacht haben wird, auch gar nicht daran denken konnte, so wird man dieser Geschichte keinen Glauben schenken können.

** **Landarbeiterstreik an der Unterelbe.** Nachdem am 1. April der Lohntarif abgelaufen war, haben die Landarbeiter in den Kreisen Freiburg a. d. Elbe, Kehdingen und Hadeln zum größten Teil die Arbeit niedergelegt, weil ein neuer Tarif nicht zum Abschluß gekommen ist.

Der englische Streik.

Lloyd Georges Vermittelungsversuch gescheitert.

Alle Bemühungen der englischen Regierung, das Land vor der Gefahr eines Generalstreiks zu bewahren, erweisen sich als vergeblich. Der Premierminister Lloyd George hatte die Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter aufgefordert, in einer gemeinsamen Zusammenkunft die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Als Vorbedingung für die Vermittelung forderte er, daß keine Rede von einer Unterstützung der Kohlenindustrie auf Kosten des Landes oder von einer Wiederaufnahme der Regierungskontrolle sein könne und daß die Bergarbeiter die Pumparbeit in den Zechen sofort wieder aufnehmen.

Die Bergarbeiter verweigern die Notstandsarbeiten.

Wie Lloyd George im Unterhaus mitteilte, haben zwar beide Parteien die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen angenommen, dagegen weigerte sich der Bergarbeiterverband, Leute an den Pumpen arbeiten zu lassen, während der Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Lloyd George erklärte, es sei ganz und gar unmöglich, daß die Zechenbesitzer und die Regierung sich auf Besprechungen einließen, die wahrscheinlich lange Zeit in Anspruch nehmen würden, während die Bergwerke ersaufen. Der Premierminister ermahnte die Bergarbeiterführer, ihre Entscheidung nochmals zu überlegen und den Befehl zur Einstellung der Pumparbeiten zurückzuziehen.

Die Transportarbeiter für den Streik.

Nach einer Havasmeldung aus London hat die Versammlung der Delegierten des Transportarbeiterverbandes einstimmig beschlossen, die Bergarbeiter zu unterstützen und sich sofort mit den Eisenbahn- und Bergarbeitern zwecks gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu setzen. Die Eisenbahner haben noch keinen endgültigen Beschluß in der Streikfrage gefaßt. Es ist wahrscheinlich, daß die Transportarbeiter und Eisenbahner den Ausgang der Regierungsvermittelung abwarten werden, ehe sie zur entschiedenen Aktion schreiten werden.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei.

Aus Schottland werden ernste Unruhen gemeldet. In Cowdenbeath in der Grafschaft Fifeshire stürmten die Bergleute die Zechen und durchbrachen wiederholt den Ring der verschärften Polizeikräfte, die zum Schutz der Pumpen eingriffen. Die Bergarbeiter hißten eine rote Flagge und versammelten sich zu Tausenden, so daß es schließlich zu einer regelrechten Belagerung der Polizei kam. Gegen Mitternacht fanden schwere Kämpfe zwischen den Bergarbeitern und den Polizeimannschaften statt, die erst unter hartnäckigen Kämpfen und schweren Verlusten während der Nacht durch Verstärkung entsetzt wurden.

In der Nähe von Shotts hielten die Bergleute auf den Chausseen alle Automobile an und zerstörten sie; dann zogen sie auf die Bergwerke, verbrannten die Zechengebäude und zündeten die Heuschober an.

Aus Portland gingen 12 Torpedobootszerstörer ab, die für verschiedene Häfen bestimmt sind, um dort eventuell in den Kampf zwischen den Streikenden und der Polizei eingreifen zu können.

Karls Abschiedsbotschaft.

Der Exkönig hofft auf eine Rückkehr nach Ungarn.

Exkönig Karl hatte es bei der Einwilligung zu seiner Abreise aus Ungarn zur Bedingung gemacht, an das ungarische Volk eine Abschiedsbotschaft zu richten. Das ungarische Korrespondenz-Büro macht nun diese Botschaft bekannt, die Karl vor seiner Abreise dem Ministerpräsidenten Graf Teleki zur Veröffentlichung übergeben hat. Es heißt darin u. a.:

„Ich bin auf Ungarns geheiligten Boden zurückgekehrt, da jeder Augenblick der Abwesenheit vom heißgeliebten Vaterlande, an welches mich ein unlösbarer Eid und die Stimme des Blutes bindet, unerträgliche Leiden bedeutet."

Es heißt dann weiter:

„Nachdem ich mich überzeugt habe, daß die Uebernahme der Herrscherrechte eines apostolischen Königs der Nation eine schwere und unerträgliche Prüfung auferlegen würde, und ich dies vor meinem Gewissen nicht verantworten könnte, entferne ich mich wieder, werde jedoch auch fern von Ungarn der Nation all mein Interesse und, wenn nötig, dem Vaterlande auch mein Blut widmen, dem Vaterlande, dem ich nie treulos werde. Ich vertraue auf Gottes Gerechtigkeit, daß der Augenblick kommen wird, wo ich wieder in dem geliebten Vaterlande weilen darf, vereinigt in gemeinsamer Arbeit mit der Nation. Bis dieser Augenblick kommt, bitte ich die Nation auch meinerseits, jenen Mann zu unterstützen, der auf Grund des Vertrauens der Nationalversammlung gegenwärtig das schwere und verantwortungsvolle Amt eines Staatsoberhauptes ausübt, und von dem ich mit Vertrauen die Wahrung jener Interessen erwarte, wenn ich nach einer uralten Verfassung der Gesetze Ungarns das harmonische Zusammenwirken des Königs und der Nation fordere.

Gezeichnet: Karl."

*

Karl in der Schweiz.

Exkönig Karl befindet sich zurzeit in Luzern und zwar ist ihm dasselbe Hotel zugewiesen worden, in dem früher König Konstantin von Griechenland wohnte; die Exkönigin Zita weilt bei ihm. In Luzern wird Karl einige Tage verbleiben, um die Entscheidung des Bundesrates über seinen künftigen Wohnort abzuwarten. Es war Karl schon bei der Abfahrt von Buchs durch den Obersten Kißling mitgeteilt worden, daß er weder in Prangins noch in einer gewissen Anzahl von Grenzkantonen werde Aufenthalt nehmen dürfen.

Bewegtes Wiedersehen mit Zita.

Die Exkönigin Zita war mit ihrer Hofdame von Prangins im Kraftwagen abgereist, und hatte die ganze Schweiz durchquert, um ihrem Gemahl nach Buchs entgegenzufahren. Als sie dort auf dem Bahnsteig eintraf, hatte sie gerade noch Zeit, in den Zug zu springen. Im Salonwagen sahen sich nach dem mißglückten Streich, dessen Anstifterin, wie jetzt sicher ist, die Exkönigin ist, Karl und Zita wieder; das Wiedersehen war sehr bewegt.

Ein Zwischenfall in Frohnleiten.

Der Sonderzug des Exkönigs war in Frohnleiten von Arbeitern angehalten worden. Erst nach langwierigen Verhandlungen konnte mit ihnen vereinbart werden, daß der Bahnhof von den Arbeitern geräumt würde und nur etwa 250 Arbeiter zu einer stillen Kundgebung auf dem Bahnhof verbleiben sollten, die sich aber jeder Aeußerung enthalten sollten. Beim Eintreffen des Zuges drängten aber diese 250 Arbeiter gegen den Bahnsteig vor, brachen in lebhaften Hochrufen auf die Republik und in Abzugsrufen auf den Exkönig und die Habsburger aus. Da sich die Leute an den Zug herandrängten, wurden sie von dem Ententemilitär abgewehrt. Man drohte den Demonstranten, wenn sie von ihrem Lärmen nicht ablassen würden, mit der Rückkehr des Exkönigs nach Ungarn. Jetzt erst entfernten sich die Arbeiter, und der Zug konnte weiterfahren.

Das Zollsystem am Rhein.

Wirtschaftliche Abschnürung vom Reiche.

Die Schleier beginnen sich zu lüften, man beginnt klarer zu sehen, wie sich der Verband das Zollsystem am Rhein denkt, das den Londoner Beschlüssen folgen soll. Die Richtung dieser Zollpolitik liegt vor Augen: wirtschaftliche Ablenkung der Rheinlande vom Reiche, Anschluß an die Westmächte.

Ueber den großen Apparat, den die Verbandsstaatskunst als Zollsystem am Rhein aufzubauen trachtet, braucht hier nicht weiter die Rede zu sein. Das war vorauszusehen, wie es auch vorauszusehen ist, daß dieser Beamtenapparat sicher so kostspielig arbeiten wird, daß er kaum durch die Zolleinkünfte zu decken sein wird, diese zu einer Einnahmequelle für den Verband also nur in ganz unzulänglichem Umfange werden kann. Frankreich wird durch die Zolleinnahmen am Rhein nicht wieder aufgebaut, es wird lediglich im Rheinlande wirtschaftlich abgebaut werden nach dem Reiche hin, und diesem Abbau wird ein nennenswerter Aufbau der wirtschaftlichen Beziehungen nach dem Westen kaum gegenüberstehen. Das Rheinland wird der leidtragende Teil sein.

Nach dem kommenden Zolltarif sollen die Waren aus dem unbesetzten Deutschland bei der Einfuhr ins besetzte Gebiet zunächst — es sind ja für später höhere Sätze vorgesehen — 25 v. H. des deutschen Zolls in Goldmark betragen, während die vom besetzten Gebiet über die Zollgrenze nach dem unbesetzten Gebiet gehenden Waren dem deutschen Zollsatz unterworfen sein, aber in Papiermark gezahlt werden sollen. Damit ist der Zollsatz nach dem Reiche hin, da er der Währung im besetzten Gebiet und im unbesetzten entspricht, nämlich der Papiermark, von jeder Währungsschwankung befreit, die Ausfuhrmöglichkeit ins unbesetzte Gebiet also scheinbar gesichert worden. Die Ausfuhr aus dem unbesetzten Gebiet ins besetzte unterliegt aber in Zukunft, da sie in Goldmark erfolgt, den Währungsschwankungen und wird dadurch beeinträchtigt. Wir haben es also scheinbar mit einem Schutzzoll für die Rheinlande zu tun, aber da am Rhein niemals eine Zollgrenze bestanden hat, die Ware auf dem Fabrikationswege im Veredelungsverkehr immer wieder die Zollgrenze überqueren muß, wird der Schutzzoll zu einer Hemmung im Fabrikationswege und damit zu einer Gefahr der rheinischen Industrie. Handel und Industrie werden, ganz abgesehen von der geldlichen Belastung, nicht mehr disponieren können und der Veredelungsverkehr sieht sich unterbrochen in gar manchen Fabrikationszweigen. Der Weltmarktpreis verbietet es dem rheinischen Fabrikanten, dabei ganz von selbst Ersatz im Auslande für entfallende Möglichkeiten im unbesetzten Gebiet zu suchen.

Hand in Hand scheint man, da man nach der Entwickelung im Saargebiet die Gefahren eines autonomen rheinischen Zollstaates für dessen Wirtschaftsleben einzuschätzen weiß, dazu übergehen zu wollen, die westliche Grenze der Rheinlande, also die gegen Frankreich und Belgien, abbauen zu wollen. Jedenfalls sicherte sich Frankreich, das ja die politische Seite der ganzen Angelegenheit mehr interessiert, als die wirtschaftliche, die Möglichkeit, im neuesten Abkommen von Paris. Die Rheinlandkommission soll das Recht haben, an dieser Westlrenze der Rheinlande Erleichterungen für die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffe und „gewisse Fabrikate" zu gewähren, damit die rheinische Bevölkerung zu billigen Preisen versorgt werden könne. Die „billigen Preise" kennt man im Rheinland nachgerade, das unter den Besatzungsverhältnissen die außergewöhnlichen Zustände hat heranreifen sehen, die bei Beamten usw. zu den bekannten Besetzungszulagen zwangen. Diese „Erleichterungen" stellen nichts weiter als den Versuch dar, das Loch im Westen erneut zu öffnen und die Rheinlande dergestalt zollpolitisch nach Westen zu öffnen, daß die Zollgrenze am Rhein noch stärker fühlbar wird. Der wirtschaftliche Anschluß der Rheinlande an Frankreich soll auf diese Weise eingeleitet werden, mag Lloyd George auch die Zusage Briands in der Tasche haben, Frankreich denke an keine Annexionen. Das Rheinland wird sich dagegen zu wehren haben und es wird sich zu wehren wissen.

Folgen der Unterernährung.

Landfrauen, nehmt Stadtkinder aufs Land!

Das Reichsgesundheitsamt hat jetzt eine grausige Uebersicht über die entsetzlichen Folgen der durch unsere Wirtschaftslage bedingten Unterernährung unserer Kinder gegeben. Eine Uebersicht, die nicht deutlicher gegeben werden konnte, um den Abgrund zu enthüllen, in den Deutschlands Stolz, seine Jugend, zu stürzen droht.

Tuberkulose, Magen-, Darmkatarrh und Brechdurchfall hatten in den letzten Jahren gegenüber den Friedensjahren unzählige Kinder im Alter von 5—15 Jahren mehr in den frühen Tod getrieben. In den Schulen sind ganz besonders trübe Gesundheitsverhältnisse der Kinder festgestellt worden. In einzelnen Indurstiegegenden ist fast die Hälfte aller Kinder, in vielen Großstädten sogar 70 Prozent, stark unterernährt oder in höchstem Grade blutarm. In einer Stadt mußten von 120 zum Schulbesuch angemeldeten Kindern nicht weniger als 25 als „schulunfähig" zurückgewiesen werden. Auch an den Längenmaßen und an der Körperschwere macht sich der anormale Gesundheitszustand der Kinder bemerkbar. Siebenjährige Kinder, die wie vierjährige aussehen, sind keine Seltenheit mehr. Schwäche der Rückenmuskulatur macht den Kindern eine gute Haltung unmöglich und es sind oft Rückgratsverkrümmungen schon im jugendlichen Alter zu befürchten. Zu alledem toben sich noch die schrecklichen Epidemien Tuberkulose, Skrophulose, Rachitis und Barlowsche Krankheit unter unseren unschuldigen Kindern aus.

Mit Recht appelliert daher die Reichszentrale für Landaufenthalt der Stadtkinder an die glückliche Kinderzeit, die unsere Landfrauen inmitten gesunder Geschwister und fröhlicher Eltern durchlebt haben. Unserer Landbevölkerung, die schon im vorigen Jahr so selbstlos das traurige Los unserer Kinder gemildert hat, wird auch in dem kommenden Sommer das besondere Recht zuteil, einen Sonnenstrahl in das düstere Jugenddasein der Stadt zu bringen. Landfrauen! Erbarmt Euch der Kinder der Großstadt und nehmt sie wieder einige frohe Sommerwochen in Euer gastliches Haus!

Neue Erklärungen Briands.

Der französische Ministerpräsident für eine Teilung Oberschlesiens.

Der Senator Francois Albert sprach im Senat bei der Verhandlung über den Voranschlag für auswärtige Angelegenheiten über Oberschlesien. Die Volksabstimmung habe sehr klare Ergebnisse gezeitigt, die baldigst sich in Taten auswirken müßten. Es sei zu befürchten, daß die Deutschen am 1. Mai die Frage Oberschlesiens mit der Wiederherstellungsfrage verbinden und Zugeständnisse verlangen würden, die einzelne vielleicht bereit seien, zu gewähren. Der Weg der Zugeständnisse sei gefährlich. Von der Lösung dieser Frage hänge die Sicherheit Polens und der Frieden Europas ab.

Aufteilung Oberschlesiens.

Hierauf antwortete Briand, die Frage Oberschlesiens sei durch den Versailler Friedensvertrag geregelt und bedürfe keiner weiteren Erörterungen. Die Volksabstimmung habe vor etwa zwei Wochen stattgefunden und die Ergebnisse müßten von der interalliierten Abstimmungskommission von Gemeinde zu Gemeinde geprüft werden, eine Arbeit, die trotz ihrer Mühseligkeit doch schon in den nächsten Tagen erledigt sein werde. Er wolle dabei bemerken, daß die Kommission sich nicht nur mit der Prüfung der Abstimmungsergebnisse, sondern auch mit der Aufteilung Oberschlesiens beschäftigt. Die deutsche Behauptung, Oberschlesien sei unteilbar und müsse bei Deutschland verbleiben, sei die Meinung der Deutschen, aber nicht die Meinung der Verbündeten. Denen, die sagen, es sei vorteilhafter, wenn Oberschlesien deutsch bleibe, damit Deutschland seinen Verpflichtungen in der Wiederherstellungsfrage gerecht werden könne, müsse man antworten, daß Deutschland in den nächsten fünfzehn Jahren, selbst wenn die Industriegebiete Polen zugewiesen werden sollten, die Kohlen aus dem Industriegebiet zu denselben Bedingungen erhalten werde.

*

Auch in seiner neuesten Rede verleugnet der französische Ministerpräsident nicht das Bestreben Frankreichs, Deutschland zu zertrümmern und politisch wie wirtschaftlich zu vernichten. Er streckt seine „starke Hand" nach dem Ruhrgebiet aus, um es letzten Endes zuzueignen; er wirbt darum, daß die oberschlesischen Industriegebiete Polen, dem Lehnsstaate Frankreichs, überlassen werden. Wenn das Wirklichkeit wird, dann ist das Wichtigste für Frankreich getan, um schließlich in irgend einer Form eine Gebietserweiterung in dem Umfange zu sichern, wie sie seit den Tagen Napoleons I. das Endziel im politischen Denken und in den politischen Bestrebungen der Franzosen war, dann ist auch dafür gesorgt, daß Deutschlands Wirtschaft und damit seine Volkskraft und seine politische Wirkungsfähigkeit mehr und mehr verkümmern müssen. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetzt, wenn es die oberschlesischen Industriegebiete dadurch, daß sie Polen zugewiesen werden, seinen Zwecken dienstbar macht, dann würde es zur wirtschaftlichen Vormacht Europas werden. Aber in der Politik ist der erste Grundsatz die Selbstbehauptung, die Wahrnehmung der Belange des eigenen Landes.

Preußischer Landtag.

— Berlin, 7. April. —

Die erste Sitzung nach den Osterferien.

Nach mehrwöchiger Unterbrechung hat das Haus heute seine Beratungen wieder aufgenommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Kommunist **Eberlein** unter großem andauerndem Lärm und Zwischenrufe im ganzen Hause zwei Anträge seiner Partei — Aufhebung des Ausnahmezustandes und Beseitigung der Ausnahmegerichte — zur Beratung zu bringen. Da Widerspruch erfolgt, werden die Anträge nicht auf die Tagesordnung gestellt.

In dritter Beratung wird darauf der Antrag **Porsch** (Ztr.) betr. die vorläufigen Staatsratswahlen in Oberschlesien angenommen. Das Haus beschließt darauf die Einstellung gerichtlicher Verfahren in einer Reihe von Einzelfällen.

Es folgt die erste Beratung der Anträge der Abgeordneten **Koch-Oeynhausen** (Dn.) und Genossen und **Dr. v. Krause** und Genossen (D. Vp.) auf Annahme von Gesetzentwürfen über die Neuregelung der Verfassungen der evangelischen Landeskirchen der neuen Provinzen Preußens. Die Anträge werden nach kurzer Debatte gegen die sozialistischen Stimmen angenommen.

Alsdann wird noch eine Reihe weniger wichtiger Vorlagen erledigt. Dann vertagt sich das Haus auf Sonnabend. Auf der Tagesordnung steht die endgültige Wahl des Landtagspräsidenten und die Wahl des Ministerpräsidenten. Am Freitag findet keine Vollsitzung statt, um den Parteien Gelegenheit zu geben, die Frage der Regierungsbildung bis zur kommenden Sitzung endlich zu lösen.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Die deutsche Regierung richtete an die Interalliierte Kommission und die alliierten Regierungen eine Note über den Gesamtkomplex der oberschlesischen Frage.

Ein sieches Volk.

Der Rückgang der Geburten.

Durch Krieg, Hungerblockade und wirtschaftlichen Niedergang ist aus dem kräftigen Volk der „Barbaren" ein sieches, krankes Volk geworden. Wohl niemand der kräftigen Männer, die so voller Zuversicht in den Kampf für die Heimat zogen, ist völlig gesund zurückgekehrt: wohl kein Kind hat die Folgen der Hungerblockade glatt überstanden; wohl keine deutsche Frau ist von Zweifeln an der gesunden frischen Lebensbejahung frei geblieben. So haben dem schon ohnehin viel gepeinigten Deutschland bösartige Feinde einen neuen grausigen Krieg erklärt. Diese Feinde heißen Kinderelend, allgemeines Volkssiechtum, seelische Degeneration und Geburtenrückgang.

Die Namen dieser schrecklichen Feinde, die unerbittlich an dem Mark der deutschen Volkskraft nagen, verdienen zur Abschreckung von erpresserischen Geistern mit Flammenschrift an den politischen Himmel gemalt zu werden. Besonders jetzt, wo die nüchterne und objektive Statistik in nackten Zahlen das verzweiflungsvolle Elend des mit beängstigender und erschreckender Schnelligkeit um sich greifenden Geburtenrückganges allen denen, die noch ein empfindendes Herz oder nüchternen Verstand haben, vor Augen führt.

Der Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. Kuczynski, weist in einer Berliner Tageszeitung an Hand des ihm zur Verfügung stehenden Materials nach, daß seit dem Winter 1919-20 die Geburtenziffer in Deutschland unaufhaltsam gesunken ist. Während noch im vierten Vierteljahr 1919 in den deutschen Orten über 15 000 Einwohner 163 476 Kinder lebend geboren wurden, sank die Ziffer im vierten Vierteljahr 1920 auf rund 134 612 herab. Dieser Rückgang der Geburten ist umso erschreckender, als die Zahl der Eheschließungen 1920 außerordentlich hoch war. Wurden doch im Deutschen Reiche 1920 doppelt so viele Ehen geschlossen, als 1913.

Das sind trübe Aussichten, besonders wenn man bedenkt, daß durch den Geburtenrückgang natürlich auch die Zahl der gebärfähigen Frauen im Laufe der nächsten Jahre zurückgehen wird; ein Umstand, der ein Geburtendefizit in Deutschland in greifbare Nähe rückt. Wer das auszumalen imstande ist, kann selbst als größter Optimist nur noch schwarz in die dunkle Zukunft unseres Volkes sehen. Und wenn trotzdem von ernsten und besonnenen Menschen das goldene Wort Hoffnung aus-

Fichten-Stangen und Reisig-Verkauf!

Am Donnerstag, den 14. April 1921

Vormittags um 10 Uhr

soll im Eimterbäumer'schen Gasthause in Velle, aus den zum Rittergute Maspe gehörenden Drostentannen, folgende Hölzer öffentlich meistbietend verkauft werden:

20 Stück Fichtenstangen 2. Klasse
200 Stück Fichtenstangen 3. Klasse
900 Stück Fichtenstangen 4. Klasse
750 cm Fichten-Reisighaufen (Bohnenstangen, Leiterstöcke.)

Bekanntmachung!

1. Die Körung der Bullen, welche zum Decken fremder Kühe und Rinder benutzt werden sollen, wird im Jahre 1921 nach dem unten folgenden Plane stattfinden.

2. Die zur Körung vorzustellenden Bullen müssen zu den im Plane angegebenen Zeiten auf dem Körplatz zur Stelle sein, wo die Ankunft der Körkommission abzuwarten ist.

3. Außerhalb der in dem Plane bestimmten Körplätze und Körtermine können Körungen nur ausnahmsweise veranstaltet werden, wenn der Antragsteller die ganzen Kosten der außerterminlichen Körung neben der Körgebühr trägt.

4. Die zur Körung vorzuführenden Bullen müssen mit Nasenring versehen sein. Noch nicht 12 Monate alte Bullen sind von der Körung ausgeschlossen.

5. Die Körung beträgt für jeden Bullen, welcher zum ersten Male zur Körung vorgeführt wird, 12 Mark, für jeden der schon im Vorjahr angekört gewesenen Bullen, welcher wiederholt vorgeführt wird, 6 Mark.

6. Die im Herdbuche des Vereins zur Hebung der Rindviehzucht im Hauptvereinsbezirk Paderborn eingetragenen Bullen unterliegen der Körung nicht.

Körplan.

Körplatz	Körtermin	Der Körtermin ist bestimmt für die Orte
Steinheim an der Molkerei	Dienstag, 10. Mai nachm. 3½ Uhr	Steinheim, Thienhausen und Breitenhaupt.

Die Bestimmung der Orte in Spalte 3 des vorstehenden Planes ist nicht bindend, vielmehr können die Bullen an jedem beliebigen Körplatze in dem für den betreffenden Platz bestimmten Termine vorgeführt werden.

Der Landrat.

Wird veröffentlicht!
Steinheim, den 5. April 1921.
Der Bürgermeister: J. V.: Reineke.

Bekanntmachung.

Es wird von jetzt ab wiederum Butter an die Versorgungsberechtigten zur Verteilung kommen. Die erste Ausgabe (40 Gram. pro Person) findet am Dienstag von 8—1 Uhr Vormittags statt.

Steinheim, d. 8. April 1921.
Der Bürgermeister:
J. V.: Reineke.

Haubennetze
einfach, extra groß,
12 mal 40 . . 2 Mk.

Haubennetze
doppelt groß,
12 mal 40 . . 3 Mk.

Stirnnetze
40 mal 40 . . 4 Mk.

Haarunterlagen
in allen Facons und Preislagen.

Zöpfe
in großer Auswahl am Lager.

Fritz Evers.

Gesangverein Harmonie-Steinheim

Heute abend um 8 Uhr im Vereinslokale:

General-Versammlung

anschließend: Gemütliches Zusammensein.

Die werten aktiven und passiven Mitglieder mit ihren Damen werden freundlichst gebeten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

1 großes Fuder
Dünger
wenn möglich gegen Klee- oder Kartoffelland abzugeben. Von wem? sagt die Geschäftsstelle.

- Programm -

für die

Wohltätigkeits-Veranstaltung

zur Beihilfe der noch in Frankreich (Avignon) schmachtenden Kriegsgefangenen

am Sonntag, den 10. April 1921

im Saale des „Hotel zur Krone" (F. Müller)

veranstaltet vom

Verein ehemaliger Kriegsgefangener
Ortsgruppe Steinheim.

1. Marsch.
2. Ansprache.
3. Couplet: „Der Gefangene von Avignon".
4. Drama in 1 Akt: „Das Todesurteil".
5. Der Soldat.

10 Minuten Pause.

6. Ouverture.
7. Couplet: „Was sagen Sie blos zu so 'ner Frau."
8. Konzertstück.
9. Lustspiel in 1 Akt: „Die Chokoladenmaus."
10. Marsch.

Tanzkränzchen.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr.

Wir laden hierdurch die Einwohner der Stadt Steinheim freundlichst zu dieser Veranstaltung ein und hoffen auf eine reichliche Beteiligung.

Der Vorstand.

gesprochen wird, so bleibt uns nur die Deutung übrig, daß ein jeder, würdig dem Ernst der Zeit angepaßt, immer wieder auf Deutschlands Ohnmacht hinweist, die denen, die helfen können, bald ein Bewußtwerden ihrer Menschenpflicht ermöglichen sollte. Tü.

Politische Rundschau.

— Berlin, 7. April 1921.

— Die „Oppelner Nachrichten" sind von der Interalliierten Kommission wegen eines Artikels über den polnischen Terror im Kreise Tarnowitz auf vier Tage verboten worden.

:: **Die Steuerabzüge vom Lohn und Gehalt.** Die Steuerabzüge, die vom 1. April der Arbeitgeber vom Lohn oder Gehalt des Arbeitnehmers für den Staat zu machen hat, sind Ratenzahlungen auf die Steuer des Rechnungsjahres 1921. Diese 10prozentigen Abzüge sind von dem um die Versicherungs- usw. Beiträge, die vom Arbeitgeber sofort einzuziehen sind, verminderten Lohn zu berechnen. Weil der Arbeitgeber den vollen Abzug, auf den der Arbeitnehmer möglicherweise Anspruch hat, nicht zuverlässig zu ermitteln vermag, da dessen etwaige Ehefrau oder Kinder vielleicht in einem anderen Betrieb Lohn oder Gehalt beziehen, so ist zunächst noch von der Ansetzung eines festen Betrags für die abziehbaren Werbungskosten abgesehen worden. Im Lohnsteuergesetz, dessen baldige Ausarbeitung zu erwarten ist, soll auch das geregelt werden. Die Verabschiedung dieses Gesetzes ist bei seiner Dringlichkeit bis zum Beginn der großen Herbstferien des Reichstages zu erwarten. Zurzeit wird im Reichsfinanzministerium mit Vertretern einzelner Berufsstände über die von der Steuer abziehbaren Werbungskosten beraten.

:: **Die amerikanischen Schadensansprüche.** Bisher war man der Ansicht, daß die amerikanische Gegenberechnung gegen das in den Vereinigten Staaten beschlagnahmte deutsche Eigentum nur einen geringen Bruchteil des letzteren ausmachen werde. Einer soeben veröffentlichten Uebersicht zufolge werden, wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, die amerikanischen Ansprüche die deutschen aber erreichen, wenn sie sie nicht übersteigen. Allerdings muß bemerkt werden, daß die meisten Forderungen reichlich hoch gegriffen erscheinen und jedenfalls sich Abstriche gefallen lassen müssen. Die amerikanische Regierung selbst fordert 80 Millionen Dollar, Versicherungsgesellschaften 85 Millionen, Amerikaner in Deutschland 191 Millionen und sonstige Anspruchsberechtigte 221 Millionen. Da beim Staatsdepartement immer noch neue Forderungen einlaufen, mag sich der Gesamtbetrag schließlich auf etwa 800 Millionen stellen.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

*** Steinheim, 9. April.

*— Unsere A-B-C-Schützen mußten heute Morgen zum ersten Male in die Schule wandern, wie wir es einst getan haben, die wir jetzt mitten im Lebenskampfe stehen. Zu Ende ist die schrankenlose Freiheit der Jugendzeit, das Leben verlangt die ersten Pflichten von dem jungen Menschen; er muß sich an einen geregelten Lauf der Dinge, an andere Gesichter und Menschen gewöhnen. Mag dem Kinde und den Eltern der erste Schulgang leicht und beiden der erste Schritt in's Leben zum Segen werden.

*— Am Freitag vormittag beobachtete man am Himmel eine Sonnenfinsternis. Sie begann 9 Uhr und war kurz nach 11 Uhr zu Ende. Die Sonnenfläche war etwa 80 Prozent verfinstert.

*— **Richtig frankieren!** Seit dem 1. ds. Mts. kosten das Porto für Briefe nach auswärts 60 Pfennig, im Ortsverkehr 40 Pfennig, Postkarten 40 bezw. 30 Pfennig.

*— Der Geheime Regierungs- und Schulrat Dr. Robels in Minden ist zum Oberregierungs- und Schulrat ernannt worden. Wir beglückwünschen den Herrn Geheimrat, welcher schon fast 20 Jahre für die Schulen der südlichen Kreise des Regierungsbezirks Minden arbeitet und sorgt, zur ehrenvollen und verdienten Beförderung.

*— **Gütertarif.** Vom 1. April ds. Js. ab fand eine allgemeine Erhöhung für Beförderung von Stückgut und Wagenladungen um etwa 80 Prozent und Erhöhung der Nebengebühren statt. Es sind dann die Sätze für Beförderung von Stückgut und Wagenladungen bei der Eisenbahn um etwa 80 Proz. erhöht. Als Mindestfracht für Stückgut werden erhoben 3 Mk., bisher 1.60 Mk., für Eilgut 4.50 Mk., bisher 2.40 Mk.; für beschleunigtes Eilgut 6 Mk., bisher 3.20 Mk. Das Wagenstandegeld beträgt für die ersten 24 Stunden 20 Mark. Die Erhöhung für Beförderung von Personen tritt erst vom 1. Juni 1921 in Kraft.

*— **Turnverein.** Am morgigen Sonntag unternimmt der hiesige Turnverein eine Wanderung durch das Steinheimer Holz nach Schieder. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht; das Tambourkorps wird mitgenommen. Abmarsch 1 Uhr nachm. vom Vereinslokal.

*— **Vörden,** 8. April. Am Sonntag nachmittag brannte hier ein 2 Morgen großer Tannenwald, dem Frhrn. v. Harthausen gehörig, nieder. Durch tatkräftiges Eingreifen einer größeren Anzahl von Arbeitern konnte eine Weiterverbreitung des Brandes vermieden werden.

*— **Detmold,** 8. April. Zu einer wüsten Schlägerei kam es am Mittwoch abend zwischen einem Schneider- und einem Schuhmachermeister. Die beiden Wüteriche gerieten wegen Wohnungsangelegenheiten in Wortwechsel, der in Tätlichkeiten ausartete; dabei griffen die beiden zu Messern und Beilen, wobei sie sich derartig zurichteten, daß sie blutüberströmt zu Boden sanken. Sie wurden in das Landkrankenhaus überführt.

Gottesdienstordnung

in der kath. Pfarrkirche zu Steinheim.

Sonntag, den 10. April 1921

Vormittags 6.30 Uhr: Hl. Messe.
7.30 Uhr: Frühmesse.
10 Uhr: Hochamt
Nachmittags 2.30 Uhr: Franziskus-Xaverius-Missions-Andacht.
4 Uhr: Versammlung des Müttervereins mit Ansprche. (Kollekte).

Staubfreies Fußbodenöl
prima Qualität
empfiehlt sehr preiswert:
Anton Nöltker, Steinheim.
Marktstraße 12. Malermeister Marktstraße 12.

Heute:
Frischen Blumenkohl.
Central-Gärtnerei Steinheim.

Christ. Borbonus
Architekt und Bauingenieur
Steinheim i. Westf.
Detmolderstrasse 333.
Anfertigung von:
Zeichnungen, statischen Berechnungen, Gutachten und Kostenanschlägen
für alle Bauwerke des Hoch- und Tiefbaues.
Spezialität: **Kleinsiedlungsbauten.**



Niederlage bei:
C. Schrader jr.
Steinheim i. Westf.

1 guterhaltenes fast neues **Fahrrad** für Herren zu verkaufen oder gegen ein Damenrad umzutauschen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Leiden Sie?

an **Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw.** dann gebrauchen Sie **Terrahe's Heilseife.** Erfolg überraschend. — Stück 6.— Mk. Zu haben in den Apotheken und **Drogerien.**
Verkaufsstelle: **Markt-Drogerie in Steinheim.**

Persil überragt alles!

In Friedensqualität wieder zu haben



Bestes selbsttätiges Wasch- und Bleichmittel!
Spart Zeit, Arbeit, Seife und Kohlen
Preis Mk. 4.00 das Paket.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Gegen Weide- u. Stall-Diebstahl

sowie alle Verluste durch Blitzschlag, Unglücks- und Todesfälle, Abschlachtung auf der Weide versichert man vorteilhaft bei der

„Halensia"

Vieh-Versicherungsgesellsch. a. G. zu Godesberg a. Rh.

Feste Prämien! Keine Nachzahlungen!

80%, 90% und Vollentschädigung!

Keine Selbstversicherung mehr!

Bisher weit über 8 Millionen Mark entschädigt.
Zahlreiche Empfehlungen von allen Seiten.
Vertragsgesellschaft von Landwirtschaftskammern, Landbünden usw.
Ferner Viehversicherungen aller Art.

Auskünfte u. Besuch kostenlos

Man wende sich an die Bezirksdirektion.

Köln: Hans Walter, Zülpicherplatz 7. Tel. A 8496.

Weitere Vertreter und Reisebeamte überall gesucht.

Landwirtschaftl. Kreisverein Höxter.

Einladung

zu der am Sonntag, den 17. April 1921 nachmittags 4 Uhr im Hotel „Wiener Hof" in Driburg stattfindenden

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Eingänge.
2. Vortrag des Herrn Dr. Sachweh-Münster über: „Seuchenhaftes Verfohlen und Unfruchtbarkeit bei Kühen und Stuten."
3. Verschiedenes.

Beverungen, den 8. April 1921.

Der Vorsitzende:
gez. Röingh.

Viehversicherungs-Verein

a. G. für den Kreis Höxter in Brakel

versichert Pferde und Rindvieh gegen

Diebstahl

und übernimmt Weideversicherung auch von Einzeltieren von Mitgliedern und Nichtmitgliedern zu einem Prämiensatze von

1/2 0/0

Anträge nehmen die Herren **Bezirksvorsteher** in **allen Orten** des Kreises und die Geschäftsstelle in **Brakel**, Hahnekampstr. 303 (Herr A. Rüther) entgegen.

Sämtliche Gartengeräte Spaten, Harken und Hacken (mit und ohne Stiel) empfiehlt: **A. Mertens**, Steinheim.

Für Wiederverkäufer und Verbraucher!

Ich biete an:

Zigarren

aus rein Uebersee-Tabaken, Stück von 50 Pfennig an.

Zigarrillos und Zigaretten in grosser Auswahl.

Durch Großeinkäufe und langjährige alte Verbindungen bin ich in der Lage, meinen w. Kunden wirklich Vorteilhaftes zu bieten.

Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt.

Zigaretten zu Fabrikpreisen mit 1½ Prozent Skonto.

Zigarrenhaus L. Kremer

Steinheim i. Westf. Bahnhofstrasse.

Wünschen Sie einen reinen Teint?

verhüten und entfernen Hautausschlag, Hautjucken, Pickel, Finnen, spröde, rissige Haut usw., dann gebrauchen Sie regelmäßig **Terrabe's Heilseife**. Erfolg überraschend. St. 6 Mk.
Verkaufsstelle: **Markt-Drogerie in Steinheim.**

Sommersprossen

verschwinden. Auf welche einfache Art teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit. **Frau Elisabeth Frucht,** Hannover D. 83, Schließfach 238.

Warnung!

Wir warnen hiermit jeden, insbesondere den Fußballklub „Teutonia", das Gerücht zu verbreiten, daß einige Mitglieder vom Turn- und Sport-Verein die dem Klub „Teutonia" gehörigen Tore entwendet zu haben.